

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

26.08.2017 /19.20-19.50 Uhr
27.08.2017 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Mehr Soldaten statt Truppenabzug – Trumps Kehrtwende in Afghanistan
- Nachwuchsgewinnung bei der Bundeswehr – vom Karriereberater in die Irre geführt?
- Wahlaussagen zur Sicherheitspolitik und Bundeswehr (Teil 2) – die Vorstellungen von Links-Partei und AfD
- Waffen aus dem 3D-Drucker – Rüstungsexporte bald überflüssig?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, im Studio begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf unsere Themen:

- Nachwuchsgewinnung bei der Bundeswehr – vom Karriereberater in die Irre geführt?
- Wahlaussagen zur Sicherheitspolitik und Bundeswehr - diesmal: die Positionen der Links-Partei und AfD. Und:
- Waffen aus dem 3D-Drucker – Rüstungsexporte bald überflüssig?

Zunächst jedoch zum weiteren Vorgehen der USA in Afghanistan. 16 Jahre dauert bereits das US-Militäroengagement am Hindukusch. Es ist der bisher längste Krieg der USA. Im Wahlkampf hatte Donald Trump einen raschen Abzug der Truppen gefordert, weil der Krieg bisher Milliarden von Dollar gekostet habe, ohne Aussicht auf einen militärischen Sieg. In dieser Woche hat der US-Präsident nun angekündigt, dass die rund 8.000 US-Soldaten weiterhin in Af-

ghanistan bleiben, ja, sogar verstärkt werden. Trump hat die Entscheidung nur widerwillig getroffen, gegen seinen politischen Instinkt, wie er selbst sagte:

O-Ton Trump

„My original instinct was to pull out - and, historically, I like following my instincts.”

Aber aus Sicht eines US-Präsidenten sieht die Welt eben anders aus.

Die US-Militärs aber auch die NATO atmen spürbar auf. Monatelang haben vor allem Pentagonchef Mattis und Sicherheitsberater McMaster den Präsidenten bearbeitet, die US-Truppen nicht abzuziehen - mit Erfolg. Auch die diskutierte Option, den Afghanistan-Krieg US-Sicherheitsfirmen zu überlassen, ist vom Tisch – jedenfalls vorläufig.

Trump hat sich also überzeugen lassen, in Afghanistan weiterhin militärisch präsent zu bleiben – weil ein Truppenabzug das Land in ein Chaos stürzen könnte, wie der übereilte Rückzug 2011 aus dem Irak. Trump spricht von einer neuen Afghanistan-Strategie. Doch vieles bleibt nach der Ankündigung des US-Präsidenten vage und widersprüchlich. So kündigte Trump an, dass es den USA am Hindukusch um die Tötung von Terroristen gehe und nicht mehr um Nation-building und damit um den Aufbau ziviler Strukturen.

O-Ton Trump

„We are not nation-building again. We are killing terrorists.”

Gleichzeitig plädiert Trump aber für ein Zusammenwirken von Militär, Diplomatie und Wirtschaft.

O-Ton Trump

„Another fundamental pillar of our new strategy is the integration of all instruments of American power - diplomatic, economic, and military - toward a successful outcome.”

Auch die Ankündigung, Pakistan stärker einzubeziehen, ist nicht neu. Unter dem Begriff Af-Pak versuchte vor einigen Jahren der US-Beauftragte für Af-

ghanistan, Richard Holbrooke, schon einmal die pakistanische Regierung in die Pflicht zu nehmen – allerdings ohne Erfolg.

In die Pflicht nehmen will Trump auch die NATO-Verbündeten – sie sollen mehr Truppen stellen und weitere Finanzmittel bereitstellen.

O-Ton Trump

„We will ask our NATO allies and global partners to support our new strategy with additional troop and funding increases in line with our own. We are confident they will.“

Diese Zuversicht könnte sich allerdings als Trugschluss erweisen. Die NATO-Verbündeten und andere Partner stellen zurzeit rund 5.000 Soldaten für die Mission Resolute Support, die die Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte zum Ziel hat. Die Bundeswehr ist mit knapp 1.000 Soldaten vertreten. Eine Verstärkung hat Verteidigungsministerin von der Leyen ausgeschlossen:

O-Ton von der Leyen

„Wir haben im vergangenen Jahr, als andere ihre Truppenstärke reduziert haben, unsere Truppenstärke erhöht - um 18 Prozent, so dass wir uns jetzt nicht in der ersten Reihe derer sehen, die nach weiterem Truppenaufbau gefragt werden.“

Der nächste Streit mit Donald Trump ist damit programmiert. Der impulsive US-Präsident sieht die USA trotzdem in Afghanistan jetzt auf der Siegerstraße und lobt sich schon mal selbst als Problemlöser:

O-Ton Trump

„But, one way or another, these problems will be solved - I'm a problem solver - and, in the end, we will win.“

Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg. Eine Wende ist in Afghanistan vorerst nicht in Sicht.

Zu unserem nächsten Thema.

In den vergangenen Wochen hat die Bundeswehr immer wieder Negativschlagzeilen gemacht: Beim Kommando Spezialkräfte KSK hat es eine bizarre

Abschiedsparty für einen Kompaniechef gegeben – u.a. mit dem Werfen von Schweineköpfen. In einem anderen Zusammenhang wird gegen den stellvertretenden KSK-Kommandeur ermittelt. Und in Niedersachsen sind mehrere Offiziersanwärter bei einem Marsch zusammengebrochen – einer von ihnen starb. Die Streitkräfte stehen in keinem guten Licht.

Dabei braucht die Bundeswehr ein gutes Image. Denn sie sucht dringend geeignete Bewerber. Doch in den Freiwilligen-Annahmestellen, die anspruchsvoll Karrierecenter heißen, werden manchmal Versprechungen gemacht, die sich bei der Truppe als falsch herausstellen. Das sorgt dann bei den Betroffenen für reichlich Frust. Julia Weigelt hat recherchiert:

Manuskript Julia Weigelt

Im Werbefilm der Bundeswehr schleichen Infanteristen im Kampfanzug durch den Wald.

O-Ton Bundeswehr Werbefilm

„Mach dich bereit, deine Stärken zu finden.“

Eine hübsche Ärztin legt ihren Mundschutz an.

O-Ton Bundeswehr Werbefilm

„Mach dich bereit, an dein Limit zu gehen. Mach dich bereit für echte Verantwortung.“

Kampfschwimmer der Marine bereiten sich auf den Tauchgang vor.

O-Ton Bundeswehr Werbefilm

„Mach, was wirklich zählt.“

Machen, was wirklich zählt – das können die Soldaten der Bundeswehr, zumindest, wenn man der aktuellen Werbekampagne glauben mag. Action, Nervenkitzel, Verantwortung – darauf hatte auch Oliver Schulz Lust. Der junge Mann aus Norddeutschland meldete sich als Freiwilliger. Die Bundeswehr sollte ihm zu seinem Traumjob verhelfen:

Atmo Eurofighter

Oliver Schulz wollte Jet-Pilot werden. Doch es kam anders:

Atmo startendes Auto

Statt Tom Cruise im Kultfilm „Top Gun“ ist der Norddeutsche jetzt Harry, der schon mal den Wagen holt. Kraftfahrer statt Jet-Pilot – Oliver Schulz ist bitter enttäuscht. Vor allem von seinem Karriereberater, der ihm vor seinem Einstieg bei der Truppe eine ganz andere Zukunft versprochen hatte. Oliver Schulz heißt eigentlich anders. Weil er Ärger mit seinen Vorgesetzten befürchtet, haben wir seine Aussagen nachgesprachen.

O-Ton Schulz

„Ich wollte schon immer Pilot werden. Und als mein Karriereberater dann sagte, ich könne erst in der Technik anfangen, also bei der Fluggerätemechanik Erfahrungen sammeln, und dann in die Luftfahrt gehen – das hat mir gefallen. Das war schön zu hören.“

Doch der Traum vom Fliegen war schnell vorbei. Als der freiwillig Wehrdienstleistende bei seiner Einheit ankommt, sagt ihm der Personaler dort klipp und klar: Um die Technikausbildung zu kriegen, müsse Schulz die Unteroffizierlaufbahn einschlagen – also Zeitsoldat werden. Durch die Sonnenbrille schaut Schulz seitdem nicht in den blauen Himmel, sondern auf die Straße; als Kraftfahrer fährt er Menschen und Material von A nach B. Der junge Mann ist sauer.

O-Ton Schulz

„Ich hab mich nutzlos und verraten gefühlt. Ich hab dauernd Autos gewaschen – das war nicht das, wofür ich in die Bundeswehr wollte. Ich hab schon überlegt, ob ich abrechen soll.“

Und Schulz ist nicht der Einzige, dem es so geht.

O-Ton Schulz

„Ein Kamerad von mir hatte ein ähnliches Problem. Dem haben sie auch etwas ganz Anderes versprochen. Der hat dann richtig Depressionen bekommen und war dauernd krank. Der hat seine Restmonate nur abgesehen und ist dann wieder weg.“

Von seinem Karriereberater ist Schulz bitter enttäuscht.

O-Ton Schulz

„Der wirkte so wissend – aber vielleicht war das nur eine Masche, um seine Unsicherheit zu übertünchen, weil er selbst keine Ahnung hatte.“

Dabei hat der freiwillig Wehrdienstleistende in einer gewissen Weise durchaus Verständnis für seine Kameraden im Karrierecenter:

O-Ton Schulz

„Mir ist schon klar, dass die versuchen, ihre Stellen zu besetzen. Aber wenn nicht auf die Wünsche der Rekruten eingegangen wird und die Freiwilligen nicht ernst genommen werden, dann sind die enttäuscht und auch schnell wieder raus aus der Truppe. Und die sagen ihren Freunden, bloß nicht da hin zu gehen.“

Das wäre schlecht – denn die Truppe braucht dringend Nachwuchs. Sogar das 2011 gesteckte Ziel von 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten verfehlt die Bundeswehr aktuell um 150. Bis 2024 sollen zudem 12.000 weitere Berufs- und Zeitsoldaten eingestellt werden. Es ist also essenziell, dass diejenigen, die sich grundsätzlich den Dienst in den Streitkräften vorstellen können, vor der Einstellung eine gute und nachhaltige Beratung bekommen. Dass die Realität anders aussieht, weiß der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels. 80 bis 100 Eingaben zu diesem Thema erhält er jedes Jahr. Er schätzt, dass es noch weit mehr Betroffene gibt, weil er bei Truppenbesuchen immer wieder entsprechende Klagen hört.

O-Ton Bartels

„Das ist ein ganzer Strauß von Problemen, die sich bei der Beratung für einen so ungewöhnlichen Arbeitgeber, wie die Bundeswehr das ist, ergeben können. Von dem Gefühl, falsch beraten worden zu sein, also zu falschen Tätigkeiten überredet worden zu sein, bis hin zu einem falschen Studium, wenn es Offizierbewerber sind; das geht um Fragen von Heimatnähe, also kann man tatsächlich dahin eingeplant werden, wo man hin möchte, oder wird das alles als Wunsch registriert, nachher aber anders realisiert.“

Möglicherweise sagen die Karriereberater den Bewerbern aber auch nicht immer, dass die gewünschten beruflichen Vorstellungen unrealistisch sind. Hans-Peter Bartels.

O-Ton Bartels

„Manchmal kann es aber auch sein, dass wir im Amt des Wehrbeauftragten die Vermutung haben, dass man auch etwas vage bleibt gegenüber dem Bewerber, damit er es sich nicht nochmal neu überlegt, wenn man seinen Wünschen nicht vollumfänglich entsprechen kann.“

Die Bewerber haben demnach bestimmte Vorstellungen, was sie in der Truppe machen wollten - Frauen noch konkreter als Männer. Können sie ihre Wünsche nicht umsetzen, gehen sie nicht zur Bundeswehr. Alltag für Personaler in Zeiten des Fachkräftemangels. Besonders bitter für die Bundeswehr, denn sie hat einen ganz bestimmten Bedarf, weiß der Wehrbeauftragte.

O-Ton Bartels

„Man braucht natürlich nicht beliebig viele Hubschrauberführer, wenn gleichzeitig das technische Personal auf U-Booten fehlt. Dann kann es schon sein, dass man auch mal mehr in diese Richtung berät.“

Allerdings mit teils fragwürdigen Methoden, sagt Bartels. Häufig höre er die Vorgehensweise:

O-Ton Bartels

„Nach dem Motto: ‚Dann planen wir Sie erst mal hier ein, und wenn Sie im Verband angekommen sind, können Sie natürlich immer noch gucken, dass Sie woanders hinkommen und das läuft auch ganz einfach.‘ Wenn so etwas versprochen wird, dann weiß der Bewerber natürlich noch nicht, wie ‚einfach‘ es ist, sich umplanen zu lassen. Tatsächlich macht das eine Menge Schwierigkeiten.“

Schwierigkeiten haben auch die beiden Bundeswehr-Unis in Hamburg und München, Plätze für naturwissenschaftliche Studiengänge zu füllen, sagt Bartels. Doch wenn Studenten, die sich eigentlich für Pädagogik interessieren, ans Herz gelegt werde, Maschinenbau zu studieren, seien hohe Durchfall- und Abbruchquoten garantiert.

Derzeit betreibt die Bundeswehr 16 Karrierecenter sowie 108 Karriereberatungsbüros. Dazu kommen rund 300 sogenannte temporäre Außenberatungsstellen in Räumen von Rathäusern und anderen Behörden. Karriereberater erhalten von der Bundeswehr eine mehrwöchige Schulung. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums sind die Berater zuvor durch ein Casting in einem Karrierecenter samt Prüfung ausgewählt worden. Die Qualität der Beratung

werde durch Besuche von Vorgesetzten überprüft. Zudem würden weitere Schulungen angeboten.

Auf die Kritik, manche Karriereberater berieten Bewerber aktiv in solche Bereiche, in denen viele Stellen unbesetzt seien, antwortet eine Ministeriumssprecherin, die Wünsche der Interessenten stünden immer im Mittelpunkt eines Beratungsgesprächs.

Genauso schädlich, wie Bewerber vor der Verpflichtung zu verlieren, ist es für die von der Verteidigungsministerin ausgerufene Trendwende Personal, wenn gut eingearbeitete Soldaten die Streitkräfte verlassen. So wie Max Richter. Auch seinen Namen haben wir verändert und seine Stimme nachgesprochen.

Probleme bei der Karriereberatung kannte der freiwillig Wehrdienstleistende lange nur von Erzählungen seiner Kameraden.

O-Ton Richter

„Klar, wir hatten auch den Fall, dass einem vom Karriereberater gesagt wurde, er könne locker Feldjäger werden, und dann kam raus, da gibt es schon seit zwei Jahren keine freien Stellen mehr und in den nächsten drei auch nicht. Aber meine Beratung lief professionell ab. Da ging es auch um Tod und Verwundung und der Berater hat mir gezeigt, welche freien Stellen es gibt.“

Der Obergefreite hatte Spaß an seinem Job im Sanitätsdienst und wollte weitermachen – die Feldwebellaufbahn war sein Ziel. Doch im Vergleich zur Beratung externer Bewerber sei diese für aktive Soldaten der Bundeswehr mangelhaft, sagt Richter.

O-Ton Richter

„Ich hab den Berater gebeten mir zu zeigen, welche Stellen frei sind, aber der hatte gar keine Lust, zu beraten. Ich habe über Wochen immer wieder nachgefragt. Das hätte in zwei Wochen erledigt sein können, aber wir haben nie zusammen vor dem Rechner gesessen. Dann kam irgendwann die Info: Da gebe es nichts für mich, da könne er auch nichts machen.“

Allein, bis Richter den Termin für einen notwendigen Sporttest erhalten habe, sei ein Monat vergangen.

O-Ton Richter

„Da war es nicht mehr lange bis zu meinem Dienstzeitende und ich hatte immer noch nichts von ihm gehört. Da hab ich mich dann selbst um eine Ausbildung im Zivilen bemüht und hab die Bundeswehr deswegen verlassen.“

Ein Fall, der nicht nur den Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels ärgert. Er fordert in Sachen Karriere- und Personalplanung mehr Flexibilität und Bewerberfreundlichkeit. Die Zahl derer, die sich nicht gut beraten fühlten, sei einfach zu hoch, schreibt Bartels in seinem im Januar vorgelegten Jahresbericht. Und das in Zeiten, in denen die Bundeswehr bereits heute angesichts ihrer vielen Aufgaben personell zu schwach aufgestellt ist. Hans-Peter Bartels:

O-Ton Bartels

„Wenn die Trendwende gelingen soll, dann beginnt sie in der Karriereberatung, den Karrierecentern und Beratungsbüros. Was da nicht funktioniert, wirkt sich unmittelbar aus auf den Umfang der Bundeswehr.“

* * *

Flocken

Der Wehrbeauftragte im Bericht von Julia Weigelt.

Der Countdown läuft. In vier Wochen wird ein neuer Bundestag gewählt. Aus diesem Anlass beschäftigen wir uns mit den Positionen der aussichtsreichsten Parteien zur Sicherheitspolitik und Bundeswehr. In der vergangenen Sendung ging es um die Wahlprogramme der Union und der SPD. Heute nun Teil 2. Mit den Aussagen DER LINKEN und der AfD, der Alternative für Deutschland, hat sich Dagmar Pepping auseinandergesetzt:

Manuskript Dagmar Pepping

„Die Linke ist die Partei des Friedens“. So steht es gleich zu Beginn des Wahlprogramms. Alexander Neu, der Obmann der Linken im Verteidigungsausschuss, definiert die Grundpfeiler der Außen- und Sicherheitspolitik so:

O-Ton Neu

„Das ist die Ablehnung der NATO, die für uns ein Kriegs Bündnis ist, nicht mehr ein Verteidigungsbündnis. Das bedeutet eine substanzielle Abrüstung statt Aufrüstung und das bedeutet das Ende von Auslandseinsätzen.“

Auch Bundeswehreinätze im Rahmen eines UN-Mandates lehnt die Linkspartei ab. Vorher müssten die Vereinten Nationen durch eine grundlegende Reform gestärkt werden, fordert Neu.

O-Ton Neu

„Eine Reform, das wollen alle. Die einen wollen eine Reform des Sicherheitsrates, die sich darauf reduziert, dass Deutschland einen ständigen Sicherheitsratssitz bekommt. Das wollen wir nicht, sondern wir wollen eine Stärkung der UN-Generalversammlung.“

Denn der UN-Sicherheitsrat habe zu viel Macht und zu viel Selbständigkeit entwickelt, kritisiert der Linken-Politiker.

Die Linkspartei fordert in ihrem Wahlprogramm die Auflösung der NATO und will sie durch ein „kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands ersetzen, das auf Abrüstung zielt“. Grundlage dafür wäre die OSZE. „Sicherheit in Europa kann nur Sicherheit mit Russland und nicht gegen Russland sein“, heißt es im Programm. Und weiter: „Militärmanöver oder Stationierungspläne von Waffensystemen entlang der russischen Westgrenze heizen Konflikte an.“ Russland habe gar kein Interesse daran, die baltischen Staaten oder Polen zu überfallen, so Neu.

O-Ton Neu

„Das ist ein propagandistischer Popanz, der aufgebaut wird, auch durch die Balten und die Polen. Sie haben natürlich ihre historischen Erfahrungen gemacht, auf der anderen Seite sind das jetzt die Scharfmacher in der NATO gegen einen russisch-westlichen Ausgleich.“

Die Annexion der Krim bezeichnet die Linke ausdrücklich nicht als völkerrechtswidrig. Ein entsprechender Antrag für das Wahlprogramm scheiterte auf dem Parteitag in Hannover.

Ein klares Nein sagt die Linke zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Das bedeute fast eine Verdopplung des deutschen Militärhaushaltes, kritisiert Alexander Neu.

O-Ton Neu

„Es wäre viel sinnvoller und erfolgversprechender, wenn es in zivile Krisenprävention und Katastrophenhilfe flösse. Jährlich verhungern zwischen 20-40 Millionen Menschen. Da könnte Deutschland internationale Verantwortung in einem Maße übernehmen, wie es kein Land dieser Welt tut. Das wäre sehr produktiv. Es würde dazu beitragen, dass Menschen nicht mehr fliehen müssen.“

Den Umbau der Bundeswehr zu einer Einsatzarmee will die Linke unbedingt stoppen. Ziel müsse eine „reine Verteidigungsarmee für Deutschland sein“.

O-Ton Neu

„Das bedeutet eben nicht Verteidigung am Hindukusch oder in Libyen, sondern Verteidigung des deutschen Staatsgebietes vor potenziellen Angreifern.“

Bei der notwendigen Truppenstärke legt sich die Linke nicht fest. Auf jeden Fall „weniger als 200.000“, sagt Alexander Neu. Bei der Ausrüstung der Bundeswehr kritisiert die Linke erhebliche Defizite. Die Bilanz von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) falle gemischt aus, sagt der Linken-Obmann im Verteidigungsausschuss.

O-Ton Neu

„Ich glaube, unter der Führung von der Leyens gab es die größte Transparenz-Offensive in der Bundeswehr, auch was Beschaffungssysteme anbetrifft, was Verträge anbetrifft, die es vorher nicht gab. Das muss man einfach sagen. Aber, sie ist noch weit davon entfernt, wirklich gut zu sein.“

Als „Partei des Friedens“ will die Linke Rüstungsexporte verbieten und „die gesamte Rüstungsproduktion in Deutschland“ einstellen. Erster Schritt: ein Ausfuhrverbot für Kleinwaffen. Außerdem verlangt die Linke, dass die USA ihre taktischen Atomwaffen aus der Bundesrepublik abziehen.

Anders als die Linkspartei ist die AfD, die Alternative für Deutschland, bisher nicht im Bundestag vertreten. Zu den wenigen Außen- und Sicherheitsexperten der Partei gehört Georg Pazderski.

O-Ton Pazderski

„Unsere Politik, auch die Außenpolitik, muss sich natürlich am Wohl des deutschen Volkes orientieren. Dieser Spruch von Donald Trump ‚America first!‘, ich würde mir wünschen, dass deutsche Politiker auch mal sagen: Germany first!“

Das Mitglied des AfD-Bundesvorstandes hat 41 Jahre in der Bundeswehr gedient, zuletzt im Rang eines Oberst. Deutschland müsse international „deutlich mehr Verantwortung übernehmen“, auch in der NATO, sagt der ehemalige Berufssoldat.

O-Ton Pazderski

„Das bedeutet natürlich auch, dass Deutschland deutlich mehr Geld in die Hand nehmen muss. Und, was ganz wichtig ist: Ich denke, dass wir – und da ist Deutschland eine ganz wichtige Nation – wieder mehr Verantwortung für Europa übernehmen müssen.“

Pazderski spricht von einer „Bringschuld der Europäer“ in der NATO. Für den AfD-Außenexperten heißt das: den europäischen Einfluss in der NATO stärken und das Zwei-Prozent-Ziel bei den Militärausgaben erfüllen.

O-Ton Pazderski

„Das muss sukzessive gehen. Ich muss einen Plan haben. Aber Ziel war es auch früher, noch in Zeiten des Kalten Krieges, dass man einen Daumenwert hatte von zwei Prozent des Bruttosozialproduktes. Davon sind wir sehr, sehr weit entfernt. Und die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zeigt auch, dass wir hier erhebliche Defizite haben.“

Die AfD will die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr auch bei „Einsätzen mit höchster Intensität gewährleisten“, wie es im Programm heißt. Um das „Riesenpersonalproblem“ zu lösen, will die Partei zur allgemeinen Wehrpflicht zurückkehren. Auf die Länge legt sich der Ex-Offizier Pazderski nicht fest.

O-Ton Pazderski

„Das können sechs Monate sein, das könnten neun Monate sein. Man müsste prüfen, welches Konzept man verfolgt. Wenn man sagt, wir wollen wieder Heimschutzkräfte haben, dass wir auch in der Republik Objekte mit Soldaten sichern können, wenn es wirklich zum Krisenfall kommt oder wenn es zu inneren Unruhen kommt, wo die Bundeswehr eingesetzt werden könnte.“

Eine EU-Armee lehnt die AfD ab. Dies gilt auch für „den Einsatz deutscher Streitkräfte für fremde Interessen“, wie es im Wahlprogramm heißt. Für die Stabilisierung von Krisenregionen will die AfD die Rolle der OSZE ausbauen. Zudem plädiert die Partei für eine Entspannung im Verhältnis zu Russland und für ein Ende der Sanktionspolitik.

O-Ton Pazderski

„Frieden in Europa ist ohne Russland nicht möglich, ist auch nicht gegen Russland möglich, sondern nur mit Russland. Und das müssen wir bei unserer Politik berücksichtigen. Auf der einen Seite brauchen wir eine Politik der Stärke, auf der anderen Seite brauchen wir aber auch eine Politik des Ausgleichs.“

Einen Rückzug der USA aus der Wertegemeinschaft NATO unter Präsident Donald Trump befürchtet Pazderski nicht. Die Aufforderung Trumps, dass die Europäer mehr für ihre Sicherheit tun sollten, sei „legitim und war auch überfällig“. Überfällig findet die AfD auch einen ständigen Sitz der Bundesrepublik im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

O-Ton Pazderski

„Deutschland hat durchaus den Anspruch. Sicherlich wäre unser Engagement in der UN dann stärker als es bisher ist. Allerdings müssten wir dafür auch die Möglichkeiten und die Fähigkeiten haben und die haben wir derzeit nur bedingt.“

Denn, so der ehemalige Berufssoldat Georg Pazderski, unter Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) stehe die Bundeswehr heute „deutlich schlechter da als vor vier Jahren“.

* * *

Flocken

Soweit der Bericht von Dagmar Pepping. Weitere Informationen auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte. Dort finden Sie auch eine Langfassung der Interviews mit Alexander Neu und Georg Pazderski. In der kommenden Ausgabe geht es dann bei uns um die Wahlprogramme der GRÜNEN und der FDP.

Neue Technologien sind unaufhaltsam auf dem Vormarsch. Sie verändern die Produktionsweise, aber auch unseren Alltag. Jüngstes Beispiel ist der 3D-Drucker. Er macht vieles einfacher. Diese Erfindung hat auch Folgen für die Streitkräfte – für die Logistik und möglicherweise für die Rüstungsexportpolitik. Einzelheiten von Dirk Eckert:

Manuskript Dirk Eckert

3D-Druck gilt als die neue industrielle Revolution. Schicht für Schicht formen dabei Drucker aus dem Rohmaterial – von Kunststoffen bis hin zu speziellen Metallen und Legierungen – die Produkte nach einem vorher festgelegten Bauplan. Welche Alltagsgegenstände in Zukunft aus dem 3D-Drucker kommen, ist heute noch gar nicht absehbar. Neue Technologien haben aber immer auch Auswirkungen auf die Waffenproduktion und auf die Art der Kriegsführung. Denn auch hier bietet der 3D-Druck eine Reihe von Vorteilen, sagt Marco Fey von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung:

O-Ton Fey

„Die Waffenindustrie und die Verteidigungsindustrie allgemein gehören zu den Industrien, die ganz vorne mit dabei sind beim Thema 3D-Drucken. Das liegt daran, dass mit der Technologie gewisse Geometrien von Objekten erreicht werden können, die sie mit herkömmlichen traditionellen Fertigungsverfahren nicht erreichen können.“

3D-Druck spart nicht nur Material, er ermöglicht auch ganz neue Formen mit Hohlräumen oder Gitterstrukturen. Außerdem sind Produkte aus dem 3D-Drucker oft leichter als ihre konventionell hergestellten Vorbilder - was zum Beispiel in der Luftfahrtindustrie wichtig ist, wo jedes Gramm Gewicht zählt.

Wie der 3D-Druck die Waffenherstellung revolutionieren kann, zeigen erste Erfahrungen mit Kleinwaffen. So hat der US-Waffenaktivist Cody Wilson 2013 einen Revolver komplett aus dem 3D-Drucker hergestellt. Lediglich der Schlagbolzen war aus Metall, benutzt wurde ein handelsüblicher Nagel. Viele ähnliche Experimente von Waffennarren und Kleinkriminellen aus aller Welt sind inzwischen dokumentiert. Erst im Februar verhaftete die Polizei im australischen Sydney einen Mann, der Pistolen mit einem 3D-Drucker hergestellt hatte und diese über soziale Netzwerke verkaufen wollte. Er ist jetzt angeklagt wegen illegaler Waffenproduktion und illegalen Besitzes von Waffen und Bauplänen. Doch den Waffen aus dem 3D-Drucker mangelt es bislang an Erprobung und Verlässlichkeit, sagt Marco Fey:

O-Ton Fey

„In Australien und Großbritannien hat die Polizei auch schon bei Drogenrazzien 3D-gedruckte Waffen sichergestellt. Bei der einen Razzia waren das 14 gedruckte Waffen und auch ein 3D-Drucker, der konfisziert wurde. Bei der anderen waren das partiell gedruckte Maschinenpistolen, die dem Modell Uzi ähneln. Also, das kommt tatsächlich auch schon zum Einsatz. Wir haben noch keine Berichte davon, dass so eine Waffe tatsächlich mal in einer kriminellen Handlung irgendwo abgefeuert wurde.“

Doch auch die Militärs probieren den 3D-Druck bereits aus: Im März stellte die US-Army den Granatwerfer RAMBO vor, die Abkürzung steht für Rapid Additively Manufactured Ballistics Ordnance. Ein Großteil seiner Bestandteile kommt aus dem 3D-Drucker. Der Grundstoff, ein pulverförmiges Metall, kostet 100 Dollar pro Pfund. In Tests konnten 15 Schüsse abgefeuert werden. Es sind aber noch weitere Versuche notwendig, bevor die Waffe in der Truppe eingeführt werden kann.

Anders sieht es bei komplexeren Waffensystemen aus. Hier ist vor allem die Produktion bestimmter Einzelteile aus dem 3D-Drucker interessant. Und so wird bereits damit experimentiert, 3D-Teile in Großsystemen einzusetzen, etwa in Triebwerken, Raketen oder Drohnen. Der 3D-Druck hat aber auch Grenzen. Denn Waffen bekommen ihre Schlagkraft traditionell auch durch die hohe Qualität und Verarbeitung des verwendeten Materials. Man denke nur an bestimmte Schwerter. In solchen Fällen würde 3D-Druck gar nichts bringen – denn damit ließen sich nur schlechte Kopien guter Metallschwerter herstellen.

Deshalb wird es wohl auch niemals eine Atombombe aus dem 3D-Drucker geben. Der Abrüstungsexperte Robert Kelley, ein ehemaliger Mitarbeiter der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien, argumentiert, dass die 3D-Technik bei der Produktion von Atomwaffen oft keine Vorteile biete:

O-Ton Kelley (overvoice)

„Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass man jemals eine ganze Atomwaffe mit dem 3D-Drucker herstellen kann. Wahrscheinlich kann man einige Einzelteile produzieren. Aber eine ganze Atomwaffe drucken – da sage ich, das geht nicht.“

Und das gelte auch für die Herstellung atomwaffenfähigen Urans in Zentrifugen, in denen das Material enormen Kräften ausgesetzt ist, sagt Robert Kelley:

O-Ton Kelley (overvoice)

„Zentrifugen zu drucken ist noch unwahrscheinlicher. Es gibt wenige Bestandteile einer Zentrifuge, von denen ich mir vorstellen kann, dass sie aus dem 3D-Drucker kommen. Alle Teile stehen unter enormen Belastungen. Nur die, die wenig Druck aushalten müssen, könnte man im 3D-Verfahren herstellen. Aber auch das würde keinen Vorteil gegenüber anderen Fertigungsmethoden verschaffen.“

Doch auch wenn Atombomben nicht im 3D-Drucker hergestellt werden können, wird 3D-Technologie doch die Waffenproduktion verändern und auch die Kriegsführung. So soll 3D-Druck die Versorgung der kämpfenden Truppen revolutionieren. Statt viele verschiedene Ersatzteile mitzunehmen, benötigte zum Beispiel ein in Afghanistan stationierter Truppenverband nur noch das Rohmaterial für den 3D-Drucker und eine Internetverbindung. Brauchen die Soldaten etwa neue Schutzkappen für ihre Sturmgewehre, werden diese einfach ausgedruckt. Sogar die medizinische Versorgung von im Gefecht Verwundeten könnte verbessert werden. Denn künstliche menschliche Haut lässt sich inzwischen auch drucken. Grundlage ist sogenannte Biotinte, die unter anderem Blutplasma enthält. Marco Fey:

O-Ton Fey

„Sie führen einen 3D-Drucker mit, laden sich per Satellitenverbindung die Baupläne runter, die Sie in dem Moment brauchen. Oder geben an Ihre Ingenieure, die zu Hause sitzen, das Problem weiter und die kommen mit einer Lösung, schicken Ihnen dann den Bauplan zu und Sie drucken das dann vor Ort aus. Das ist sozusagen das Szenario, in dem jetzt mittelfristig gedacht wird. Das heißt, der Drucker soll dazu beitragen, Logistikketten insbesondere in schwer zugänglichen Gebieten zu vereinfachen.“

Ortsunabhängige Produktion, kürzere Logistikketten, energieeffizientere Herstellung – 3D-Druck bietet viele Vorteile. Das hat auch die Bundeswehr erkannt. Das Wehrwissenschaftliche Institut für Werk- und Betriebsstoffe setzt auf den 3D-Druck: Im Bundeswehr-Sender, bwtv, ist von einer Entwicklungs- und Erprobungsphase die Rede, in der 3D-Druck auf seine Möglichkeiten getestet und konkrete Anwendungen entwickelt werden sollen:

O-Ton Bundeswehr (bundeswehr-tv)

„Diese Maschinen wirken wie Aladins Wunderlampen. Wie aus dem Nichts erzeugen sie so ziemlich alles, was man greifen kann.“

Für die Rüstungsexportpolitik wird der 3D-Druck deswegen zu einer besonderen Herausforderung. Denn letztlich unterscheiden sich zivile und militärische Güter nur noch durch die verwendeten Baupläne. 3D-Druck ist also die Dual-Use-Technologie schlechthin. Robert Kelley und Marco Fey fordern deshalb, 3D-Technologien in die Rüstungskontrolle einzubeziehen.

O-Ton Fey

„Zumindest die High-End-Geräte, die wirklich solche Materialeigenschaften dann auch produzieren können, die benötigt werden für, sagen wir mal, Triebwerkkomponenten oder vielleicht sogar Zentrifugenkomponenten, die sollten auf jeden Fall auf die Kontrolllisten gelangen.“

Denn nicht nur leistungsfähige Drucker lassen sich kontrollieren. Auch bei der Verbreitung der Baupläne oder bestimmter Ausgangsmaterialien könnten Kontrollen und Ausfuhrbeschränkungen ansetzen. Das alles muss aber erst zusammen mit der 3D-Technologie noch entwickelt werden. Klar ist aber schon jetzt: Eine effektive Kontrolle von Rüstungsexporten wird künftig schwieriger.

* * *

Flocken

Informationen von Dirk Eckert.

Soviel für heute in unserer Reihe Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch den Newsletter von Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.